

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie  
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Preisliste: (mit Post monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,20 Reichsmark (ohne Aufstellungsgelder) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Ü. / Geschäftsstelle und Redaktion: Osterbahnpostfach 7 / Fernsprecher: 17259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18690  
Erscheinenszeiten: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für Betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen, Freitags von 17 bis 18 Uhr juristische Sprechstunde  
Anzeigenpreise: Die neuroman gezeichnete Non-arrivierzeit oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Restanzeigen anhängend an den dreißigtägigen Zeit einer Zeitschrift 1,50 RM  
Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Ü., Osterbahnpostfach 7 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang Dresden, Sonnabend den 2. November 1929 Nummer 256

## Die Landtagsfikung wieder gesprengt!

Arbeiterdelegationen im Landtag / Wedel versucht vergeblich, Blüchers Befehle durchzuführen / Nationalsozialistische Arbeitermörder die festesten Stützen der Bürger-Regierung / Böß zum Disziplinarverfahren gezwungen / Zusammenbruch der Beamtenbank

Die Losung der Kommunisten:

### Rücksichtsloser Kampf gegen die Reaktion!

Nicht um den 9. November dieses Jahres geht es, sondern um den Gesamtvorstoß der Reaktion!

Dresden, den 2. November 1929

Die gestrige Sitzung des Sächsischen Landtages wurde gleich zu Anfang im wesentlichen durch das Auftreten der kommunistischen Landtagsfraktion gesprengt. Nachdem die vorige Landtagsagung durch die kommunistische Fraktion auseinandergerissen war, hatte der sozialdemokratische Landtagspräsident, in dessen Entscheidung die Einberufung der Sitzung lag, für gestern erneut eine Landtagsagung zusammenberufen. Schon diese Haltung der sozialdemokratischen Landtagspräsidenten zeigt die ganze Schwäche der sogenannten sozialdemokratischen parlamentarischen Obristaktion gegen die Vorlage über die Aufhebung des 9. November. Der Präsident hätte sehr gut vermocht, das Zusammentreten des Landtages bis über den 11. November hinaus zu verhindern.

Heute verlangten gleich zu Beginn der Sitzung die Bürgerlichen, daß als 1. Punkt der Tagesordnung die Beratung der Vorlage und Vorlagen über die Aufhebung des 9. November und 1. Mai erfolgen solle. Für die Bürgerlichen verlas der Abgeordnete Oberbürgermeister Dr. Blücher eine längere Erklärung, in der mit Berufung auf die Bestimmungen der Verfassung das Vorgehen der Wehrheit vor der Öffentlichkeit geächtet werden sollte. Diese Erklärung war

ein beachtliches Dokument, das nach außen hin den Zweck verfolgte, die Tatkunde der wirklichen Anwendung von diktatorischen Maßnahmen durch demokratisch-parlamentarische Organe zu verheimlichen.

Nach dem Abgeordneten Dr. Blücher gab der Vorsitzende des Rechtsausschusses und Vizepräsident des Landtages, Dr. Fickmann, ebenfalls eine Erklärung ab, die seine Geschäftsführung im Rechtsausschuss rechtfertigen und das Vorgehen der Wehrheit unterstützen sollte. Diese Erklärung trugte von offensichtlichen Unrichtigkeiten und Unwahrheiten und stellte die Vorgänge im Rechtsausschuss absolut falsch dar.

Die Obristaktion antwortete auf den Vorstoß der bürgerlichen Wehrheit mit lauten Geschäftsordnungsgeböllen, die von einem Teil der Bürgerlichen durch mühe Zwischentritte unterbrochen wurden.

Die kommunistische Fraktion erklärte, daß sie mit allen Mitteln die Beratung der Vorlagen und Anträge verhindern werde und führte diese Erklärung auch durch, indem sie wieder unter Einlass eines starken Trommelns mit den Vultbedeln die Sitzung zum Aufheben brachte. Die sozialdemokratische Fraktion, die offensichtlich unter dem Druck der in der vorigen Sitzung von den Kommunisten durchgeführten Obristaktion stand, schloß sich diesmal etwas energischer dem Vorstoß der Kommunisten an. Sie bemühte sich, nach außen hin wenigstens den Eindruck zu erwecken, als gebe sie ebenfalls in ihrem Angriff so weit wie die Vertreter der kommunistischen Partei, und als wolle auch sie ernsthaft einen Angriff gegen die Reaktion führen.

Hier besteht aber der Unterschied in dem Vorgehen der Kommunisten und Sozialdemokraten. Während den Sozialdemokraten nur daran lag, rein geschäftsordnungsmäßig und juristisch die Möglichkeit der Beratung der Vorlagen über den 11. November für dieses Jahr zu verhindern, führt die kommunistische Partei, wie sie dies von Anfang an betont, keineswegs den Kampf um den 9. November als einen revolutionären Feiertag, sondern sie kämpft gegen den bürgerlichen Vorstoß als einen reaktionären Angriff, dessen Ausgang weitere außerparlamentarische Angriffe der Reaktion folgen lassen. Wie wenig die Sozialdemokraten den Mut zu einer selbständigen Obristaktion aufbringen, zeigte die Tatkunde, daß der sozialdemokratische Präsident für den kommenden Mittwoch den 5. November noch einmal eine Sitzung des Landtages einberufen hat. Er gibt den Bürgerlichen damit die Möglichkeit, ihren Vorstoß erneut zu wiederholen. Da die Sozialdemokraten damit rechnen, daß dann die Möglichkeit der Beratung nicht bestand, wenn einfacher Einspruch erfolge, und sie hoffen, daß die Einberufung des zur Beratung stehenden Gesetzes damit vor dem 9. November nicht mehr zu erreichen sei, stellte sich die Fraktion schon jetzt darauf ein, ihre Obristaktion in der nächsten Sitzung abzukämpfen.

Die kommunistische Fraktion, die zu diesem Angriff des Bürgerlichen anders steht, wird auch in der nächsten Sitzung gegen jeden Versuch der Bürgerlichen, die Angelegenheit der Beratung zur Beratung zu stellen, mit rücksichtsloser Schärfe aufzutreten und den Kampf gegen die Reaktion mit aller Entschiedenheit fortsetzen. Die kommunistische Fraktion wird nicht dulden, daß die Bürgerlichen die Möglichkeit erhalten, ohne Schwierigkeiten dennoch ihre Vorlagen zur Verabschiedung zu bringen. Sie wird auch nicht dulden, daß die Sozialdemokraten ihre Scheitelpolitik und damit den Vorstoß gegenüber

der Arbeiterkassette ungehindert bis zu Ende fortsetzen kann. Sie wird die sozialdemokratische Fraktion zwingen, ganz klar und eindeutig Stellung zu nehmen. Sie wird der SPD die Möglichkeit des Fortschreitens hinter Geschäftsordnungsparagrafen nehmen und sie auf dem Felde der politischen Auseinandersetzung zur Stellungnahme herausfordern.

Für die sächsische Arbeiterkassette ist es wesentlich, zu erkennen, daß es nicht darum geht, den 9. November in diesem Jahr noch als Feiertag zu behalten, sondern daß es gilt, den gesamten Umfang des reaktionären Angriffs zu begreifen.

Jetzt führt die sozialdemokratische Fraktion diesen parlamentarischen Geschäft, um es wohlpropagandistisch für die Gemeindegemeinden auszunutzen zu können. Durch diese Auseinandersetzung ändert sich an dem politischen Streben, daß die Sozialdemokraten gewirkt und bemüht sein werden, Koalitionsstellung mit dem Bürgertum auch in Sachsen zu bekommen, gar nichts. Schon jetzt die Aufhebung des 1. Mai als Feiertag ebenfalls zur Tagesordnung. Durch die, wie vorauszuweisen, einsetzende Einberufung dieser Vorlage, weil auch die Demokraten nicht für die Aufhebung stimmen werden, ist die Angelegenheit keineswegs erledigt. Schon geht man dazu über, Verhandlungen zu führen, den 11. August der Erklärung der Weimarer Verfassung und der Forderung der Bürgerlichen Herrschaft nach der revolutionären Bewegung zum Feiertag zu erheben. Der 1. Mai soll dabei als

Tauschobjekt in Frage kommen. Die Sozialdemokraten, die auf dem Boden dieser Republik als die Vertreter bürgerlicher Interessen stehen, werden sich bereit erklären, eine solche Regelung anzunehmen. Sicherlich werden sie sich dabei vorbehalten, daß man die tapferen sächsischen „Linken“ durch ein Reichsgesetz „vergewaltigt“ und auf diese Art einen Streich durch den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag zieht.

Die Arbeiterkassette darf sich keineswegs Täuschungen hingeben. Die Sozialdemokraten werden das Verbleiben der Aufhebung des 9. November als Feiertag propagandistisch für ihre Zwecke auszunutzen versuchen. Die Arbeiterkassette muß aber wissen, daß selbst diese parlamentarische Aktion nur durch den starken Druck der kommunistischen Fraktion herbeigeführt wurde. Ohne das entschiedene Auftreten der kommunistischen Fraktion wäre selbst diese parlamentarische Aktion nicht durchgeführt worden.

Die Vorstöße der Reaktion wird die SPD in Sachsen nicht abwehren.

Sie wird im Gegenteil in Zukunft die Stellung des Bürgerturns unterstützen und verstärken, wie jetzt alle Maßnahmen der bürgerlich-reaktionären Restauration und Konzentration durch die sozialdemokratischen Reichsminister durchgeführt werden.

Die KPD, deren Fraktion die Sprengung der zwei Landtagsagungen erzwingen, ist die einzige Partei, die auch außerparlamentarisch den Kampf aufnahm.

Sie rief die Betriebe zur Stellungnahme auf, sie rief die Delegierten der Arbeiter, die auch im Landtag erschienen und den Vertretern der Sozialdemokratie ihre Meinung sagten. Die kommunistische Partei wird den Kampf gegen die Reaktion verschärfen. Sie wird als einzige die außerparlamentarische Mobilisierung einleiten und die Massen des Proletariats gegen die Reaktion führen.

## Arbeiterdelegationen im Sächsischen Landtag

In der heutigen Sitzung waren die Delegierten einer Anzahl Dresdener Betriebe im Landtag erschienen, die bei den verschiedenen Fraktionen vertrieben. Die Arbeiter verlangten, daß der reaktionäre Vorstoß mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden sollte.

Bei den Sozialdemokraten wurde einer Delegation gefragt, daß der 9. November als Feiertag sich wohl nicht halten lassen werde. Dieses Ziel jedoch ist er durch die Obristaktion gerettet. Die Sozialdemokraten verhandeln durch und, daß, solange der 11. August nicht gesetzlicher Feiertag ist, sie für den 9. November sein werden. Die KPD „hatte keine Zeit“ für die Arbeiter-Delegationen. Sie charakterisierten sich barsch selbst als ein Bestandteil der Reaktion im Dienste des Traktatpols. Ein Vertreter der Demokraten trug gerade keinen Koffer im Gerichtssaal: „Es merkt sich, wenn er seinen Koffer ausgepackt habe“ mit der Delegation verhandeln zu wollen. Für

die kommunistische Fraktion erklärten die Genossen Kerner und Sinnermann, daß die kommunistische Partei alle Mittel der parlamentarischen Obristaktion gegen den Vorstoß der Reaktion in Anwendung bringt, obgleich der 9. November kein Feiertag der Arbeiter ist. Die Kommunisten dulden aber nicht, und sie rufen die Arbeiter in den Betrieben um Unterstützung in diesem Kampfe auf, daß die reaktionäre irgendwelche Angriffe gegen die Arbeiter durchzuführen. Die Sozialdemokraten machen lediglich Wandel, weil sie glauben, mit einer radikalen Seite im Parlament gute Wahlchancen machen zu können. Es waren Delegierte folgender Betriebe vertreten:

Die Sächsischen Betriebe: Die Straßenbahn AG, Das Eisenwerk, Der Tiefbau, Die Frauen, Der Autobahnbau, Die Oberleitung, Der Straßenbahnhof, Wolfahrtstraße, Die Bauarbeiter vom Bau- und Sparverein Dobritz, Die Bergbau AG vom Hochbehälterbau in Radeburg.

## Zusammenbruch der Bank für Deutsche Beamte!

Ein Raubzug gegen die Beamten / Viele Beamtenfamilien in größtes Elend geraten



18.000 Beamte um ihre Spargelder betrogen! — Unter Foto zeigt: Beamte vor einer teilweise geschlossenen Banktür.

Berlin, 2. November. (Sig. Drahtmeldung)

Größtes Elend und bitterste Not ist bei vielen Tausenden von Beamten der untersten Chargen eingeleitet. Der durch gewissenlose Finanzgeschäfte herbeigeführte Zusammenbruch der Bank für Deutsche Beamte entläßt diese auch von ihren letzten Mitteln. Vor allem sind es die Polizeibeamten der untersten Chargen, die als Genossenschaftler der Bank für Deutsche Beamte die Opfer verbrecherischer Spekulationen und Schieber geworden sind. Ueberstimmend wird aus vielen Kreisen berichtet, daß die Polizeibeamten sich in beispielloser Erregung und Verzweiflung befinden, wissen sie doch nicht, wie sie und ihre Familien in den nächsten Wochen und Monaten ihr Leben fristen sollen. Die kommunistische Partei jedenfalls wird nicht eher ruhen, bis die Hintergründe auch dieses Skandals aufgeleuchtet sind und im Klarenstand dieser Republik endlich ausgeglimmelt sind. Schon haben die kommunistischen Landtagsabgeordneten sich der Sache der Opfer dieses jüngsten willkürlich heraufbeschworenen Banktrahns angenommen. Ihr Antrag lautet:

„Sofortiger Auszahlung der vollen Gehälter an die geschädigten Bankbeamten auf Staatskosten.“